



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Solidarität mit dem globalen Süden: Schuldenmoratorium für die ärmsten Länder in der Coronakrise**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Corona-Pandemie hat viele Schwellen- und Entwicklungsländer in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale gestürzt. Um eine neue globale Schulden- und Finanzkrise zu verhindern, ist ein Schuldenerlass, zumindest ein -moratorium, für die ärmsten Länder über das Jahr 2020 hinaus geboten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf bundes- und europapolitischer Ebene in geeigneter Weise dafür einzusetzen,

- den ärmsten Ländern der Welt zur Unterstützung im Kampf gegen die Coronakrise Schulden zu erlassen, um ein immenses Anwachsen von Armut, Hunger und Krankheiten zu verhindern,
- umgehend eine tragfähige Anschlusslösung mit den Gläubigern und Schuldern der G20-Staaten für die Schuldenmoratorien ab 2021 zu finden,
- mittel- und langfristig entsprechende Instrumente zu entwickeln, um die Verschuldung der ärmsten Länder auf ein tragfähiges Maß zu senken, z. B. im Rahmen eines multilateralen Rechtsrahmens für Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden.

### **Begründung:**

Anfang des Jahres 2020 hat der neue Schulden-Report der Entschuldungsinitiative „erlassjahr.de“ und des Bischöflichen Hilfswerks Misereor bei 124 von 154 untersuchten Entwicklungsländern einen prekären Schuldenstand festgestellt. In fast zwei Drittel dieser Länder hat sich die Situation öffentlicher Schuldenlasten seit 2014 immer weiter verschlechtert. Die Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer beliefen sich nach Angaben der Weltbank bereits Ende 2018 auf 7,81 Bio. US-Dollar.

Überschuldung verschärft soziale und politische Fragilität und löst menschenrechtliche Probleme aus. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt vor dem Hintergrund der finanziell-wirtschaftlichen Negativkonsequenzen der Corona-Pandemie, wie fallenden Rohstoffpreisen, Kapitalflucht, chaotischen Lieferketten, geringeren Rücküberweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten und Tourismusaussfällen, vor einem verlorenen Jahrzehnt („Schulden-Zeitbombe“). Nach Schätzung der Weltbank könnte die Gruppe der extrem armen Menschen in diesem Jahr um 70 bis 100 Mio. Personen anschwellen. Insbesondere Unterbrechungen bei der Schulausbildung und dem Zugang

zur Basisgesundheitsfürsorge dürften bleibende Auswirkungen auf die einzelnen Menschen haben, so die Weltbank – aber auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Um eine neue globale Schulden- und Finanzkrise zu verhindern, ist ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder – wie es ihn in den 1980er und 1990er Jahren gegeben hat – geboten, forderte der Chef der Weltbank David Malpass jüngst. Ökonomen sehen die Notwendigkeit, den Zeitraum für die Schuldenerleichterungen über 2020 auszudehnen. Im April 2020 hatten sich die G20-Staaten auf Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder in einem Volumen von 14 Mrd. Dollar bis Ende 2020 geeinigt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) stundete den 25 weltweit ärmsten Ländern wegen der Corona-Krise einen Teil ihrer Schulden.

Das deutsche Entschuldungsbündnis [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), Brot für die Welt, Misereor und Oxfam Deutschland fordern umfassende Schuldenerlasse für Entwicklungs- und Schwellenländer. An den Kosten eines Schuldenerlasses müssten sich auch private Banken und Fondsgesellschaften beteiligen, so die Organisationen.